

Sperrfrist: Donnerstag, 25.03.2021, 16:00 Uhr

Sascha H. Wagner

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Wesel

Zu Protokoll gegebene Rede zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2021 des Kreises Wesel am 25.03.2021

„Unser Nein zu diesem Haushalt ist ein Ja zum Kreis Wesel“

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Herren Vorstandsmitglieder,
sehr geehrte Kreistagsmitglieder,
liebe Beschäftigte der Kreisverwaltung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

nicht gehaltene Reden sind für die Redner*innen ein Problem. Sie generieren wenig Aufmerksamkeit und keine direkten Reaktionen. Sie führen nicht zum Diskurs, obwohl dieser gerade jetzt und hier notwendig wäre. Für Zuhörer*innen hingegen kann es eine Erleichterung sein, nicht hören zu müssen, was man nicht hören will.

Anders verhält es sich mit nicht gehaltenen Versprechungen. Wer Versprechungen macht, erhält Aufmerksamkeit, Anerkennung und Lob, macht Menschen Mut und Hoffnung. Zumindest so lange, bis deutlich wird, dass die Versprechen nicht gehalten, nicht erfüllt werden. Für diejenigen, die sich auf Zusagen verlassen haben, ist das dann entsetzlich.

Monatelange Verzögerungen bei der Auszahlung versprochener Nothilfen für Einzelhändler*innen, Kulturschaffende und Soloselbstständige, ständig verschobene Versprechungen auf Impftermine und damit auf gesundheitliche Sicherheit, nicht erfüllte Versprechungen auf Schnelltests, absurde Versprechungen auf Lockerungen des Lockdowns gegen alle epidemiologischen Berechnungen und Entwicklungen:

Es ist eine einzige Zumutung, was den Einwohner*innen unseres Landes derzeit angedeiht wird. Wir erleben in dieser Pandemie ein einziges Versagen. Vor allem ein Versagen der CDU. Peter Altmaier, Jens Spahn, Armin Laschet, Anja Karliczek treiben Menschen in die Verzweiflung.

Und da ist es auch kein Trost, dass Yvonne Gebauer nicht Kanzlerin ist. Als FDP-Schulministerin ist sie ein Komplettausfall und trampelt auf den Seelen von Kindern, Jugendlichen, Erziehungsberechtigten und Lehrer*innen herum. Die dritte Welle dieser Pandemie ist insgesamt politisch verschuldet.

Ausbaden müssen das auch die Menschen im Kreis Wesel.

Die Beschäftigten im Kreisgesundheitsamt, denen ich hier im Namen unserer Fraktion ausdrücklich ebenso danken möchte wie den Pfleger*innen und Erzieher*innen, den Beschäftigten im Lebensmitteleinzelhandel und allen anderen, die nach wie vor beruflich besonders belastet werden. Es ist ein Hohn, dass eine Yvonne Gebauer mehr Geld verdient als eine Reinigungskraft im Krankenhaus. Mit „Leistung muss sich lohnen“ hat das nichts zu tun.

„Reden Sie doch endlich mal zum Haushalt“, wäre spätestens jetzt wohl der erste Zwischenruf aus den Reihen von CDU und FDP, wenn diese Rede gehalten würde. Keine Angst, Sie kommen jetzt dran.

Sie, meine Damen und Herren von CDU, FDP und natürlich auch von den Grünen, die ja aber im Kreis nur als Blockflöte agieren, haben doch verhindert, dass überhaupt über den Haushalt geredet werden kann.

In den Fachausschüssen haben Sie die Haushaltsberatungen in den Kreisausschuss geschoben, im Kreisausschuss dann in die heutige Kreistagsitzung. Und zu dieser Kreistagsitzung haben Sie den Druck aufgebaut, dass doch „wegen der Pandemie“ die Sitzung nicht so lange dauern und nicht so viel diskutiert werden solle. Rechtswidrig haben Sie mit ihrer Mehrheit Haushaltsanträge unserer Fraktion in Fachausschüssen einfach abgesetzt, weil diese nicht „dringlich“ seien. Ein unglaublicher Vorgang. Zumal CDU, FDP und Grüne erst im letzten Moment mit Änderungsvorschlägen zum Haushalt um die Ecke gekommen sind. Und die haben es in sich:

Die Personalkosten sollen ab 2021 „budgetiert“, also gedeckelt werden. Damit wird der Stellenplan, der heute verabschiedet werden soll, zu einem Scheinplan. Verwaltungsstellen werden eingeplant, aber das notwendige Geld zur Besetzung all dieser Stellen wird nicht zur Verfügung stehen. Das hat Folgen:

- Freiwerdende Stellen werden nicht übergangslos besetzt werden. Wir erleben das jetzt schon bei der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten und zukünftig dann verstärkt. Bei Dauererkrankungen, Mutterschafts- und Elternzeiten ist zu befürchten, dass es weniger Vertretungen geben wird und stattdessen der Arbeitsdruck auf die übrigen Beschäftigten steigt.
- Ältere Bewerber*innen mit langen Vorzeiten im öffentlichen Dienst werden bei Einstellungen benachteiligt werden. Sie haben Ansprüche auf höhere Gehälter, belasten das Budget also stärker.
- Budgetierung verleitet erneut zur Befristung von Stellen, zu den damit verbundenen Unsicherheiten für die Beschäftigten. Und erneut wollen Sie sich offenbar gerade im Bereich der Schulsozialarbeit und im Bereich der Integrationsarbeit Ausstiegsmöglichkeiten offenhalten.

Bereits vor zwei Jahren haben CDU, FDP und Grüne der Verwaltung Stellen zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben verweigert. Nur mit Mühe und Not konnte die Verwaltung in einigen Bereichen weiterarbeiten. Mit dem neuen Stellenplan für 2021 hätte dies geändert werden können. Ihr Budgetierungsvorschlag macht das alles kaputt.

Notwendig ist ein ausfinanzierter Stellenplan, der auch neue Stellen schafft,

- um den in der Gesellschaft grassierenden Rassismus zu bekämpfen,
- um Antidiskriminierungsarbeit zu stärken,
- um die Verwaltung diverser zu gestalten.

Wir haben dazu konkrete Vorschläge gemacht. Sie aber schauen einfach weg, wenn es um anzupackende gesellschaftliche Probleme geht.

Zu diesen Problemen gehört auch der Niedergang kultureller Arbeit durch den Lockdown und durch ihre Kulturkürzungspolitik. Selbst die viel zu geringen Fördermittel sollen noch zusammengekürzt oder ganz gestrichen werden.

Wir sagen: es braucht einen Neustart der Kultur im Kreis, jetzt und über die Pandemie hinaus. Stellen Sie die von uns beantragten Gelder in den Haushalt ein!

Den Trägern sozialer Arbeit gehen Sie seit über sechs Jahren an den finanziellen Kragen. Ihre Kürzungsorgien von 2015/2016 wirken immer noch nach. Hinzu kommt, dass den Wohlfahrtsverbänden seit Jahren die steigenden Personal- und Sachkosten aufgebürdet werden.

Das sind faktische Kürzungen. Die Ankündigung der Wohlfahrtsverbände, sich deshalb eventuell aus bestimmten Bereichen der sozialen Arbeit zurückzuziehen, sollten Sie sehr ernst nehmen. Die Auswirkungen auf viele Menschen wären gravierend.

So gravierend wie der Plan der CDU, pflegebedürftigen Menschen und deren Helfer*innen die Fachberatung vor Ort wegzunehmen und die trägerunabhängige Pflegeberatung in Wesel zu zentralisieren. Wie kann man nur auf die Idee kommen, gerade alte, mobilitätseingeschränkt, pflegebedürftige Menschen durch das halbe Kreisgebiet zu jagen, wenn Sie Hilfe und Beratung benötigen? Haben Sie gar nichts aus der Corona-Krise und den Mängeln gelernt, zu denen es gekommen ist, weil es im Kreis Wesel erst einmal nur ein Impfzentrum gab?

Notwendig ist eine Dynamisierung der Förderung sozialer Arbeit. Steigende Personal- und Sachkosten müssen automatisch ausgeglichen werden und die Verbände müssen sich darauf auch verlassen können.

Sich auf jemanden verlassen können, da fällt mir der langjährigen Landrat Dr. Ansgar Müller ein. Wir waren oft nicht einer Meinung, aber: Ansgar Müller wusste als Landrat, was seine Aufgaben sind, er wusste, was er sagte und wovon er sprach. Und er stand zu seinem Wort. Danke dafür, wir merken ja, was sich verändert hat.

Hohe Erwartungen waren an ein "Mobilitätskonzept" des Kreises Wesel geknüpft, beschlossen wurde leider ein Stillstands-Konzept. Der öffentliche Personennahverkehr soll „eigenwirtschaftlich“ betrieben werden, durch ein gewinnorientiertes Unternehmen, an dem der Kreis eine Minderheitenbeteiligung hält.

Allen Ernstes als stolzes Ziel zu verkünden, dass der Anteil des ÖPNV am Verkehr im Kreis Wesel zukünftig 3% erreichen soll, ist kein Konzept, sondern eine Kapitulation. Der Kreis selbst muss endlich Geld zum Ausbau des ÖPNV in die Hand nehmen, er muss die Kommunen bei der Entwicklung von Stadtbuskonzepten unterstützen anstatt sie, wie in Dinslaken mit Linie 903, auszupressen.

Es muss zu einer Rekommunalisierung des ÖPNV kommen. Das alles kostet Zeit und Geld. Sie aber wollen die Zeit nicht nutzen, sondern einfach warten und kein Geld aufwenden. Das ist

sozial und ökologisch nicht vertretbar und es schadet der Attraktivität des Kreises Wesel nachhaltig. DIE LINKE hat auch hierzu Initiativen zum Haushaltsplan eingebracht.

Die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf den Kreis Wesel werden im Haushaltsplan nicht abgebildet, möglich macht es die CDU/FDP-Landesregierung mit einem Buchhaltungs-Kunststück. Pandemiebedingte Belastungen werden in den nächsten Jahren aus dem Haushalt „isoliert“ – und dann über 25 Jahre abgeschrieben. Doch weder der Kreis noch die Kommunen sind in der Lage, die coronabedingten Belastungen durch die Krise selbst zu tragen, weder jetzt noch gestreckt.

Bundes- und Landesregierung haben die Kommunen seit Jahren ausbluten lassen und es zeichnet sich ab, dass die Auseinandersetzung in den nächsten Jahren gar nicht mehr um die Frage, wofür Geld eingesetzt werden soll, verlaufen wird, sondern um die Frage, wo noch was weggekürzt werden kann.

Unterdessen wissen die Einkommensmillionäre und Vermögensmilliardäre kaum noch, wohin mit ihrem Geld, viele von ihnen haben noch in und von der Krise profitiert, wenn man nur an die Familien Albrecht, Schwarz, Klatten, Quandt und Haub denkt.

Wir brauchen eine Vermögenabgabe für Superreiche, und mit Vermögensabgabe meinen wir - anders als die CDU - nicht, dass Gelder als Provision an Politiker fließen sollen.

Wir wollen eine Vermögensabgabe, die den Kommunen zugutekommt, um Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge wieder aufzubauen und die unsägliche Zerschlagung des öffentlichen Sektors zurückzunehmen.

Wenn wir Innenstädte lebendig halten wollen, brauchen wir stationären Handel, lebendige Kultur und gute Gastronomie, einen guten öffentlichen Nahverkehr und ein nachhaltiges Wirtschaften mit unseren begrenzten Ressourcen. Wir müssen den Vielen, die die Pandemie gesundheitlich, finanziell, sozial zugesetzt hat, Perspektiven bieten, gerade den Kindern und Jugendlichen, die besonders leiden.

Dazu bedarf es Gelder, dazu bedarf es eines Aufschreis der Kreise und Kommunen gegenüber dieser Bundesregierung. Es muss mehr gewollt und größer gedacht werden.

Der Haushaltsplanentwurf allerdings geht in eine falsche Richtung. Er ist mit viel Mühe aufgestellt worden, das sehen wir und wir bedanken uns bei Kreiskämmerer Karl Borkes und seinen Mitarbeiter*innen für die geleistete Arbeit. Und ebenso sagen wir heute wie zu den Haushalten der letzten sechs Jahre Nein zum Haushalt.

Unser Nein zu diesem Haushalt ist ein Ja zum Kreis Wesel. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Fraktionsgeschäftsstelle

Friedrich-Ebert-Straße 46
46535 Dinslaken

Telefon: 02064 / 77 57 380

Telefax: 02064 / 77 57 381

Mail: buero@linksfraktion-kreiswesel.de

www.linksfraktion-kreiswesel.de

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag Wesel